

träumen sozialer Wohlfahrt befangen“, wenn auch die Flucht Petrows und der Fall von Dien Bien Phu das Land tief erregte. Durch inneren Zwiespalt gehemmt, blieb Australien auf der Genfer Konferenz stumm, wo eine klare Stellungnahme zu der amerikanischen Auffassung im eigenen Interesse gebieterisch gefordert wurde. „Uns fehlt ein australischer Churchill“, schrieb der „Advocate“ vom 13. Mai 1954.

Erst das „Südostasiatische München“, der für das Ansehen der weißen Rasse und die Sicherheit Australiens so verhängnisvolle Waffenstillstand in Indochina sowie die letzten Pariser Verhandlungen haben nun vielen, wenn nicht allen Australiern die Augen über den Ernst der Lage geöffnet. Auch die Presse hat sich umgestellt. Die letzte große Rede des Prime-Ministers Mr. Menzies vom 5. August 1954 zu Canberra läßt erkennen, daß die Regierung nunmehr fest entschlossen ist, die Folgerungen zu ziehen und im Rahmen der „Seato“, des Paktes von Manila, die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen zu treffen. Die Rede bedeutet ein entschiedenes Bekenntnis des Prime-Ministers zu den christlichen Grundsätzen der Politik und eine glänzende Rechtfertigung dessen, was J. G. Murtagh von seinen Landsleuten abschließend bemerkt: „Nur eine gründliche Sinnesänderung kann die Australier zur Rückbesinnung auf das Naturgesetz und das christliche Erbe der Vorzeit aufrufen, sie aus ihrer jahrhundertelangen Isolierung und Selbstgenügsamkeit wecken und ihnen den schöpferischen Impuls zu den Aufgaben vermitteln, die ihrer angesichts der im Pazifischen Raum erstehenden Welt harren.“²⁴

Zeitbericht

Der Kommunismus in China — Zur religiösen Lage in Kuba — Internationales Schachspiel —
„Das grüne Gold“

Der Kommunismus in China. Aus genauer Kenntnis der Lage gibt P. Bonnichon in der *Revue de l'Action Populaire* (November 1954) einen eingehenden Bericht über den Kommunismus in China. P. Bonnichon kam 1931 nach China, war von 1936 bis 1951 Dekan der Juristischen Fakultät an der Aurora-Universität in Shanghai, wurde 1953 verhaftet und 1954 des Landes verwiesen.

Als wichtigste und entscheidendste der von den Kommunisten durchgeführten „Reformen“ sieht P. Bonnichon die Gleichschaltung und Politisierung des Denkens an. Systematisch werden dem gesamten Volk die marxistischen Ideen eingepaukt. Wissen ist Tugend, und wer nur die marxistische Ideologie recht kennt, der wird auch so handeln, daß der neue Staat mit ihm zufrieden ist. So naiv das klingt, so ist doch nicht zu verkennen, daß die kommunistische Armee ihre Schlagkraft, die sie gegen die nationale Armee erwiesen hat, eben dieser systematischen Schulung zu verdanken hat. Dabei geht es vor allem um die Politik, die alles beherrscht. Jedermann, auch die Familienmütter, vor allem aber die Arbeiter als die Träger des neuen Staates müssen in Gruppen zu zehn Mann die politischen Probleme des Tages diskutieren. Jeder muß sich äußern und keiner kann mit seiner Meinung hinter dem Berge halten. P. Bonnichon mußte als Gefangener vom Juni 1953 bis August 1954 an 300 solcher Gruppendiskussionen teilnehmen. Diese werden von Aktivisten

²⁴ Vgl. The Advocate, Aug. 1954, p. 253.

geleitet, die ihrerseits wieder der zuständigen Polizeibehörde über das Verhalten der Teilnehmer zu berichten haben. Ein Großteil der Bevölkerung wird außerdem noch in systematischen Kursen geschult, die die Teilnehmer für 2 bis 3 Monate, aber auch über ein Jahr von der Familie wegführen und in eine Art kasernierten Lebens bringen. Das Wichtigste bei solchen Kursen ist das Abfassen eines Lebenslaufes und das öffentliche Schuldbekenntnis. Diese Selbstanklage, die jeder leisten muß, wird dann in Gruppen diskutiert. Es gibt kaum ein teuflischeres System der Selbstauslieferung als dieses erzwungene Bekenntnis. Eine weitere Art der Umschulung ist die von ganzen Instituten. So sandte man an die Aurora-Universität 40 Kaders von Aktivisten, die die Studenten umschulen sollten, d. h. die Christen unter ihnen zum Abfall vom Glauben bringen sollten. Sie hatten dort jedoch keinen Erfolg. Der Staat überwacht und beherrscht alles. Und nur derjenige ist ein fortschrittlicher und guter Staatsbürger, der schon den Wünschen der Regierung (Partei) zuvorkommt. Niemand kann sich diesem Druck entziehen, einerseits weil er sich durch Denunziation und Selbstanklage diesem furchtbaren System ausliefern muß, andererseits weil die Menschen bis in die kleinsten Dinge wirtschaftlich vom Staat abhängig gemacht werden, der die gesamte Wirtschaft an sich gerissen hat. Die Kirche ist zwar theoretisch frei, und in den Städten, die von Fremden besucht werden, zeigt man diesen auch volle Kirchen. Auf dem Lande jedoch und in den Städten des Innern hat man die Kirchen fast alle geschlossen. Die auswärtigen Missionare sind fast alle vertrieben, den einheimischen Priestern ist die Seelsorge nur an ihrem Wohnort erlaubt. Da im Durchschnitt vom Wohnort eines Priesters aus ungefähr neun weitere Dörfer zu versehen waren, so kann man sich denken, wie verlassen die meisten Christen Chinas sind.

Eine weitere „Reform“ befaßt sich mit der Landwirtschaft. Die Besitzverhältnisse Chinas waren seit jeher gesünder als in vielen anderen Staaten, die vom Kommunismus überfallen wurden. Lassen sich auch keine genauen Angaben über die früheren Verhältnisse machen, so kann man doch mit einiger Sicherheit sagen, daß ungefähr 30% des fruchtbaren Bodens im Pachtverhältnis bebaut wurden, die übrigen 70% gehörten den freien Bauern, wobei man allerdings einen Besitz von 7 ha schon als groß ansehen muß. Die Pacht wurde meist in Naturalabgaben geleistet; sie betrug in manchen Gegenden sicher über 50%, dürfte jedoch meistens 30% nicht überstiegen haben. Im alten China konnte ein Gläubiger einem verschuldeten Bauern nicht einfach wegnehmen, was dieser zum Leben brauchte, und bei schlechten Ernten wurde nicht so sehr der Pächter betroffen als vielmehr der Besitzer.

Sicher war die chinesische Landwirtschaft weit zurückgeblieben. Eine wenig intensive Wirtschaft, die nur notdürftig mit technischen Mitteln arbeitete, brachte nur geringe Erträge hervor. Die seit 1910 nie mehr aufhörenden Kriege haben gerade die Bauern furchtbar heimgesucht. Die Armeen versorgten sich vom flachen Lande. Mit dem Schwinden der staatlichen Macht wuchs die Stärke der Grundherren, die diesen Machtzuwachs nicht immer zum Besten der Bauern gebrauchten. Das kommunistische Schlagwort vom Feudalismus ist nicht ganz aus der Luft gegriffen.

Zwar hat auch die kommunistische Regierung erkannt, daß eine weitere Aufteilung des Bodens nicht in Frage kommen kann, da sonst die Erträge noch geringer würden. Und das Gesetz von 1950 sieht auch vor, daß die freien Bauern nicht weiter enteignet werden sollen. Trotzdem geht die Enteignung noch weiter vor sich, da es der kommunistischen Regierung aus klassenkämpferischen Ideologien vor allem darauf ankommt, die besitzende Klasse zu enteignen und allmählich das Kolchosensystem einzuführen. Durch Schauprozesse, in denen die einen zum Tode, die anderen zu Zwangsarbeit verurteilt werden, sucht man Tatsachen zu

schaffen, die dann durch ein später ergehendes Gesetz für rechtsgültig erklärt werden. Das Leben auf dem Lande ist noch härter geworden, als es schon war. Die Ernte wird geschätzt, bevor noch recht gesät ist. Die Bauern dürfen nur behalten, was sie selbst zum Leben brauchen, alles andere nimmt der Staat, der für seine Armee und die Arbeiter sorgen muß. Er vergütet dafür die Bauern mit Anweisungen auf Maschinen und Saatgut für die eine Hälfte des abgelieferten Wertes, für die andere erhalten sie Verschreibungen der Volksbank, die sie jedoch nur einlösen können im Einverständnis mit der Bank und unter Angabe von Gründen. Die Zwangsarbeit an den Deichen und Kanälen, die in China zwar notwendig ist, ist heute noch drückender als früher. Das ganze Dorf ist verorganisiert, von den Kindern angefangen bis hinauf zu den Alten. 1953 mußten die Zeitungen die Bauern auffordern, sich nicht von den augenblicklichen Schwierigkeiten niederdrücken zu lassen, sondern die Saat zu bestellen und die Ernte einzubringen. Man muß den chinesischen Bauern kennen, der seit Jahrhunderten allen Katastrophen und Kriegen zum Trotz immer wieder anfang, die Erde zu bebauen und zu ernten, über den so viel hinwegzog und der doch immer wieder aufstand, nur dann kann man ermesen, was ein solcher Aufruf bedeutet. Fünf Jahre „Befreiung“ reichten hin, um ihn müde zu machen.

„Man kann es mit dem Kommunismus nicht versuchen; was er hat, das hält er.“ Damit schließt P. Bonnichon seine Ausführungen.

Zur religiösen Lage in Kuba. Das Informations- und Propagandabüro der „Agrupación católica universitaria“ in Havanna veranstaltete dieses Jahr in hundert größeren und kleineren Orten 4000 Befragungen über die religiös-sittliche Lage in Kuba. Die Ergebnisse solcher Befragungen sind natürlich nur mit Vorsicht zu verwenden, da sehr viel von der jeweiligen Art und Weise der Befragung und der Fragen abhängt. Immerhin können sie doch manche Einblicke vermitteln, die der Wirklichkeit oft recht nahe kommen.

Die Befragten waren über 18 Jahre alt und gehörten den verschiedensten Konfessionen und Religionen an. 72,5% waren Katholiken, 6% Protestanten, 0,5% Freimaurer, 0,5% Juden und 0,5% „Heiligenverehrer“, 19% gehörten keiner Religion an. Die Protestanten, im ganzen wohl an die 360 000, finden sich vor allem auf dem flachen Land, wo nordamerikanische Sekten Schulen errichtet haben, die von den Kindern vom Lande besucht werden. 90% der „Heiligenverehrer“, Spiritisten, in denen uralte Reste des Heidentums weiterleben, gehören zu den untersten Bevölkerungsschichten. Nicht wenige von ihnen gehen hier und da in die heilige Messe, verehren die Heiligen und lassen ihre Kinder taufen.

Die erste Frage sollte erkunden, wie weit man noch mit dem Glauben an Gott rechnen könne. 96,5% bekannten sich zu Gott, 1,5% leugneten Gottes Dasein und 2% weigerten sich, eine Auskunft zu geben. Anders verhielt es sich mit der Frage, ob sie Christus für Gott hielten. Nur 67% der Befragten teilten ihm göttliche Ehren zu, also 5,5% weniger als die Zahl der Katholiken ausmachte, 22% hielten ihn für einen bloßen Menschen, während 11% sich noch kein endgültiges Urteil darüber gebildet hatten. Leider — man kann es auf dem Hintergrund der Aussagen über Christus nicht anders ausdrücken — glaubten 85% dieser Menschen, also auch manche Nichtkatholiken, an die wirksame Fürbitte Marias, nur 9,5% verneinten sie. Von den Katholiken glaubten nur 90% an die Hilfe der Muttergottes.

Um einen Einblick in die Einstellung gegenüber den sittlichen Grundsätzen zu erhalten, erforschte man die Meinung über die Ehescheidung. 60% waren für die Scheidung, nur 36% dagegen, doch gaben 82% zu, daß man die Freiheit zur Ehescheidung gegenwärtig mißbrauche. Schlimmer ist, daß der Prozentsatz der Katholiken, die für die Ehescheidung waren, um 10% über dem Durchschnitt der Ge-